

An FDJ Zentralrat  
Weydingerstr. 14-16  
10178 Berlin

## SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

12. 1. 2021

Liebe Genossinnen und Genossen der FDJ,  
der Polizeiüberfall bei der diesjährigen LLL-Demonstration ist ein zutiefst reaktionärer, antikommunistischer Angriff auf euch und eure Fahnen und auf die gesamte LLL Demo. Wir haben vor Ort solidarisch zusammengehalten.

Wir haben das aus nächster Nähe miterlebt und sind empört über die Vorgehensweise, Menschen aus dem Rollstuhl zu ziehen, in den Schwitzkasten zunehmen und reihenweise zu verhaften und erkennungsdienstlich zu behandeln. Es ging von euch und anderen auf der LLL Demo keine Provokation oder ähnliches aus, was jetzt unterstellt wird. Die Polizei gefährdete die Gesundheit, indem sie Teilnehmer\*innen zusammendrängte. Es ist unverkennbar, dass die Polizei einen Vorwand suchte, bewusst die LLL - Demo zu behindern und zu kriminalisieren. Sowas geschieht sicher nicht ohne Wissen oder Betreiben der politisch Verantwortlichen bis hin zum Senat aus SPD-Grüne-Linke. Wir fordern:

*Sofortige Freilassung aller Verhafteten, keinerlei Strafverfahren!*

*Schluss mit der Kriminalisierung der FDJ und ihrer Symbole! Rückgabe aller einkassierten Fahnen!*

Während reaktionäre und faschistische Kräfte oftmals ungehindert ihre Flaggen, Embleme und faschistischen Codes in der Öffentlichkeit präsentieren können, werden linke und revolutionäre Symbole, wie auch die der kurdischen Befreiungsbewegung, als „verboten“ oder wie in eurem Falle „verfassungsfeindlich“ kriminalisiert. Während offene Faschisten unbehelligt ihren verbrecherischen Dreck verbreiten dürfen, wie Sven Liebig aus Halle, werden Marxisten-Leninisten wie Stefan Engel, ehemals Vorsitzender der MLPD als „Gefährder“ angeklagt und wie ein Terrorist behandelt. Die Rechtswicklung der Regierungen und der bürgerlichen Parteien ist offenkundig vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Krisengeschehens des Imperialismus.

Als Vorwand dient ein tiefer Griff in die Mottenkiste des aggressiven Antikommunismus, mit dem FDJ Verbot vor fast 70 Jahren. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sich lustig machen, mit welcher lächerlichen Haarspalterei angeblich das FDJ- Emblem West verboten ist, das genau gleich aussehende FDJ-Ostsymbol aber nicht.

Sie versuchen mit ihrem Antikommunismus zu verhindern, dass die zunehmende Kapitalismuskritik eine Perspektive im Sozialismus findet. Das wird ihnen nicht gelingen.

Das Internationalistische Bündnis, in dem die MLPD mitarbeitet, hat die Bewegung: „Gib Antikommunismus keine Chance!“ initiiert. Es geht darum, eine breite Diskussion über eine sozialistisch-kommunistische Perspektive zu fördern und offensiv gegen den Antikommunismus vorzugehen. Und das von unterschiedlichen Kräften. Informiert euch, werdet aktive Träger dieser Bewegung! Ich schicke euch Infomaterial mit. Lasst uns gemeinsam gegen die staatliche Unterdrückung und gegen den Antikommunismus vorgehen!

Mit solidarischen Grüßen      Anne Höcker

**MLPD**  
Member of ICOR  
Berlin  
Kreis-Mitte- Spandau  
c/ o Anne Höcker

TELEFON  
0176 70855401  
E-MAIL  
berlin-mitte@mlpd.de  
WEB  
www.mlpd.de